



Nr. 32

5. Oktober 2017

Inhalt

[12. dbb Medienkonferenz: Fake News gefährden](#)

[Programmqualität+++](#)

[Niedriger Frauenanteil im Bundestag: Frauenverbände sollen an einem Strang ziehen+++](#)

Aus Bundesländern und Mitgliedsgewerkschaften

[dbb berlin fordert politische Lösung für Streit um Besoldung+++](#)

[NBB formuliert Erwartungen an künftige Landesregierung+++](#)

[tbb unzufrieden mit Modernisierungsplänen für Landesverwaltung+++](#)

[Meidinger: Massiver Unterrichtsausfall nicht weiter tolerierbar+++](#)

[Tag der Steuergerechtigkeit 2017: „Ohne die Einnahmeverwaltung läuft nichts“+++](#)

[VBE: Sponsoring braucht klare Regeln+++](#)

[Walter: Neue Bundesregierung muss gesamten öffentlichen Dienst stärken+++](#)

[Namen und Nachrichten+++](#)

aktuell

Informationsdienst des dbb

12. dbb Medienkonferenz: Fake News gefährden Programmqualität

Die Verantwortung von Politik und Medien für eine sachgemäße, die Menschen tatsächlich erreichende und zur gesellschaftlichen Mitwirkung anstiftende Informationsvermittlung hat der dbb Chef Klaus Dauderstädt betont.

Zur Eröffnung der 12. dbb Medienkonferenz, die unter dem Motto „Alternativlose Fakten – Gefährden Fake News und Bots die Programmqualität?“ stand, verwies Dauderstädt am 4. Oktober 2017 in Berlin auch auf die Ergebnisse der Bundestagswahl und sagte: „Es ist doch offenbar so, dass sich viele Menschen hierzulande mit ihren Anliegen nur unzureichend wahrgenommen fühlen. Dafür machen sie neben der Politik auch die Medien verantwortlich. Vorwürfe mangelnder Unabhängigkeit und Glaubwürdigkeit werden nicht nur auf Demonstrationen laut, sondern schlagen sich auch im Umfragen und wissenschaftlichen Erhebungen nieder.“

Hier müsse gegengesteuert werden, forderte Dauderstädt: „Presse, Radio und Fernsehen, aber auch die Online-Medien stehen gegenüber ihren Lesern, Hörern, Zuschauern, Usern in der Pflicht. Fake News gehören nirgendwo ins Programm. Es sollte vielmehr um Fakten und Hintergründe von Relevanz, im besten Sinne um Information und Aufklärung der Bürgerinnen und Bürger und um ihre Beteiligung gehen. Meinungsvielfalt ist gefragt und sollte nicht als lähmendes Problem, sondern viel-

mehr als reizvolle Herausforderung verstanden werden.“ Für alle Medien müsse es in diesen Zeiten schneller Klicks Handlungsrichtlinie sein, sorgfältig zu recherchieren, den kritischen Blick zu bewahren und eine gefälschte reißerische Schlagzeile oder ein manipuliertes Bild als bewusste Irreführung zu entlarven. Der dbb Chef verwies in diesem Zusammenhang auch auf eine aktuelle Umfrage im Auftrag der Landesanstalt für Medien NRW, wonach 61 Prozent der Befragten gezielte Falschnachrichten als demokratiegefährdend bezeichnet hatten.

Die Medienkonferenz des dbb, die in diesem Jahr bereits zum zwölften Mal stattfand, dient den vom dbb und seinen Mitgliedsgewerkschaften entsandten Rundfunk- und Medienräten und anderen medienpolitisch Interessierten zur Diskussion über aktuelle medienpolitische Themen, zu Informationsaustausch und Kontaktpflege. Zum Auftakt referierte ZDF-Chefredakteur Peter Frey über „Lügenpresse, Fake News und die Glaubwürdigkeit der Medien – das Fernsehen und seine Rolle in der neuen digitalen Welt“.

(01/32/17)

Niedriger Frauenanteil im Bundestag: Frauenverbände sollen an einem Strang ziehen

Gerade einmal 30,7 Prozent weibliche Abgeordnete haben es in den neuen Bundestag geschafft. Das ist der niedrigste Frauenanteil im deutschen Parlament seit 1994 (26,2 Prozent). Vor diesem Hintergrund sieht die dbb bundesfrauenvertretung vor allem die Sozialpartner und die Frauenverbände in der Pflicht, sich in der kommenden Legislaturperiode entschlossen für die Rechte der Frauen stark zu machen.

„Wir müssen jetzt an einem Strang ziehen. Die Erfolge der Großen Koalition, die Gleichstellung voranzubringen, dürfen nicht klein geredet werden“, sagte Helene Wildfeuer, Vorsitzende der dbb bundesfrauenvertretung, am 29. September 2017. „Ich spreche vom Gesetz für gleichberechtigte Teilhabe von Frauen und Männern an Führungspositionen in der Privatwirtschaft und im öffentlichen Dienst, das Entgelttransparenzgesetz, die Verbesserungen für Alleinerziehende im Unterhaltsrecht. An diese

Erfolge müssen wir anknüpfen. Es gibt viel zu tun: Gender Pay und Gender Pension Gap sind real – in der freien Wirtschaft ebenso wie im öffentlichen Dienst. Frauen bleiben in den Führungsetagen weiterhin unterrepräsentiert. Die Arbeitsleistung von Teilzeitkräften wird noch immer als „zweitrangig“ eingestuft. Wir werden an diesen Themen energisch dranbleiben und uns in die Debatten einmischen.“

(02/32/17)

Aus Bundesländern und Mitgliedsgewerkschaften

dbb berlin fordert politische Lösung für Streit um Besoldung

Das Bundesverwaltungsgericht (BVerwG) hat die Beamtenbesoldung in Berlin in den Jahren 2008 bis 2015 als verfassungswidrig eingestuft und daher das Bundesverfassungsgericht zur Klärung der Sachverhalte eingeschaltet (dbb aktuell berichtete). Der Vorsitzende des dbb berlin, Frank Becker, hat unterdessen am 29. September 2017 eine politische Lösung vom Berliner Senat gefordert.

„Aus unserer Sicht macht diese Entscheidung des BVerwG noch einmal das deutlich, was wir bereits seit langer Zeit von Senat und Abgeordnetenhaus einfordern. Nämlich eine deutlich höhere Besoldungsanpassung zur schnellen Angleichung der Besoldung, damit die Beamtinnen und Beamten nicht nur eine für ihre hervorragende Arbeit angemessene, sondern

verfassungsmäßige Bezahlung erhalten“, sagte Becker. „Wir rufen daher den Senat auf, mit dem dbb berlin diesbezüglich unverzüglich in Gespräche einzutreten, um noch vor einer Entscheidung des Bundesverfassungsgerichtes zu einer für alle Seiten zufriedenstellenden Lösung zu kommen.“
(03/32/17)

NBB formuliert Erwartungen an künftige Landesregierung

Mitte Oktober wird in Niedersachsen ein neuer Landtag gewählt. Der Vorsitzende des NBB Niedersächsischer Beamtenbund und Tarifunion, Friedhelm Schäfer, hat daher am 29. September 2017 die Erwartungen des öffentlichen Dienstes an die künftige Landesregierung formuliert. So müsse etwa die Besoldung aller niedersächsischen Beamten dringend verbessert werden.

Schäfer machte außerdem deutlich, dass es bei der Personalplanung und -entwicklung in der Landesverwaltung nicht nur um die Feststellung gehe, wie viel Personal in welchen Bereichen in den kommenden Jahren benötigt wird. Es sei darüber hinaus etwa wichtig zu definieren, was für Qualifikationen benötigt werden. Auf dieser Basis müssten Konzepte sowohl für die Nachwuchskräftegewinnung als auch für die Fortbildung des vorhandenen Personals entwickelt werden.

Zudem forderte Schäfer eine Digitalstrategie, die auch den Bereich der Landesverwaltung mit einbindet. Niedersachsen müsse in den kommenden Jahren über flächendeckende, konvergente Gigabit-Netze verfügen. Als Zwischenziel müssten neben allen Gewerbegebieten schnellstmöglich alle Bereiche der Landesverwaltung und die Bildungseinrichtungen an dieses Netz angeschlossen werden. Zwingend erforderlich sei auch eine E-Government-Strategie.
(04/32/17)

tbb unzufrieden mit Modernisierungsplänen für Landesverwaltung

Der tbb beamtenbund und tarifunion thüringen hat die von der Thüringer Landesregierung beschlossenen Pläne zur Modernisierung der Landesverwaltung kritisiert. Es sei nicht ersichtlich, wie sich mit der festgelegten Bündelung von zum Teil fachlich sehr unterschiedlichen Behörden ein Synergieeffekt erzielen lasse, teilte der tbb am 28. September 2017 mit. Zudem seien Landesämter mit einer großen Anzahl von Dienststellen schwer zu leiten.

Der tbb sprach sich vielmehr für eine Lösung mit drei nachgeordneten Landesämtern im Geschäftsbereich des Thüringer Ministeriums für Infrastruktur und Landwirtschaft (TMIL) aus. Dabei könne die erste Säule die gesamte Bauverwaltung umfassen und das Thüringer Liegenschaftsmanagement integrieren. Die zweite Säule solle das Landesamt für Landwirtschaft

und Gartenbau bilden, in dem die Thüringer Landesanstalt für Landwirtschaft, die Landwirtschaftsämter sowie die Lehr- und Versuchsanstalt Gartenbau aufgehen. Die dritte Säule sei in diesem Konzept das Landesamt für Geoinformation und Landentwicklung, welches aus dem Landesamt für Vermessung und Geoin-

formation und den Ämtern für Landentwicklung und Flurneuordnung hervorgehen solle.

(05/32/17)

Meidinger: Massiver Unterrichtsausfall nicht weiter tolerierbar

Der Deutsche Philologenverband sieht sich durch die veröffentlichte Recherche der Wochenzeitung „DIE ZEIT“ in seiner Einschätzung bestätigt, dass an deutschen Schulen erheblich mehr Unterricht ausfällt beziehungsweise nicht stundenplangemäß stattfindet, als von den Kultusbehörden bislang zugegeben wird.

„Seit Jahren weisen wir darauf hin, dass bis zu zehn Prozent des gesamten Unterrichtsvolumens ausfällt oder nur fachfremde Beaufsichtigung stattfindet. Konkret heißt das, dass wöchentlich klassenbezogen eine Million Schulstunden ausfällt beziehungsweise nicht ordnungsgemäß vertreten wird. Leider hat es nur in ganz wenigen Bundesländern bislang ernsthafte Versuche gegeben, diesen untragbaren Zustand zu beseitigen“, sagte Meidinger am 5. Oktober 2017. Er wies zudem darauf hin, dass angesichts der Datenlage eine personelle Unterrichtsreserve von zehn Prozent notwendig sei, das heißt eine Lehrerversorgung von 110 Prozent. Davon seien aber alle Bundesländer weit entfernt.

Auf die Gymnasien bezogen sagte Meidinger: „Im Gegensatz zu anderen Schularten, wo es

derzeitig schwierig ist, Lehrerstellen zu besetzen, gibt es im Bereich der Gymnasien durchaus viele gutqualifizierte junge Lehrkräfte ohne Anstellung, die man für eine ausreichende Unterrichtsreserve gewinnen könnte. Die Länder müssen nur wollen. Wir diskutieren seit Jahren über G8 und G9, der eigentliche Skandal ist aber, dass vielen Gymnasialschülern in den letzten Jahren stundenmäßig nur ein G7 geboten wurde.“ Der DPhV Chef forderte die Kultusministerkonferenz (KMK) auf, endlich eine jährliche, aussagekräftige, ehrliche Aufstellung des Unterrichtsausfalls in allen Bundesländern vorzulegen. Dass die KMK dazu bislang nicht in der Lage sei, werfe kein gutes Licht auf den Bildungsföderalismus.

(06/32/17)

Tag der Steuergerechtigkeit 2017: „Ohne die Einnahmeverwaltung läuft nichts“

Bei der zentralen Veranstaltung zum „Tag der Steuergerechtigkeit“ am 27. September 2017 in Wiesbaden hat die Deutsche Steuer-Gewerkschaft (DSTG) an die Politik appelliert, für ein gerechtes und einfaches Steuerrecht zu sorgen sowie die Grundlage für einen gleichmäßigen Steuervollzug zu schaffen.

„Ohne uns, ohne die Einnahmeverwaltung läuft nichts. Eine personell gut aufgestellte Einnahmeverwaltung macht politische Gestaltung und die ‚politische Architektur von Zukunft‘ überhaupt erst möglich“, sagte der DSTG Bundesvorsitzende, Thomas Eigenthaler, der auch stellvertretender dbb Bundesvorsitzender ist. Die Kolleginnen und Kollegen in den Finanzämtern seien „Staatsdiener im besten Sinne“ und ihr Wirken ein „Leuchtturm der Seriosität“.

Leider stehe der Berufsstand immer noch nicht genügend im Fokus der öffentlichen und medialen Wahrnehmung. Angesichts der aktuellen Debatte um mehr Personal für die Innere Sicherheit frage er sich, so Eigenthaler, wo entsprechende Forderungen der Politik angesichts bundesweit mindestens 11.000 fehlender Stellen in der Finanzverwaltung bleibe. Es

sei auch mehr als bedauerlich, dass Steuergerechtigkeit im Bundestagswahlkampf nahezu keine Rolle gespielt habe.

Mit dem jährlichen „Tag der Steuergerechtigkeit“ wolle die DSTG daher den Blick der Öffentlichkeit weiten und das „Besondere des Tuns“ des Berufsstandes herausstellen, so Eigenthaler. Die DSTG wolle zeigen: Ohne gleichmäßiges und gerechtes Einheben der Steuerschuld gebe es keine Akzeptanz in der Gesellschaft. Dabei widerspreche es dem Gebot der Fairness, wenn sich manche beim Steuerzahlen in die Büsche schlägen und der Rest die Zeche bezahlen müsse. Der Ehrliche sehe sich sonst am Ende des Tages als der Dumme.

(07/32/17)

VBE: Sponsoring braucht klare Regeln

Der Verband Bildung und Erziehung (VBE) hat am 28. September 2017 gemeinsam mit Lehrerverbänden aus der Schweiz (Lehrerinnen und Lehrer Schweiz - LCH) und Österreich (Gewerkschaft Pflichtschullehrerinnen und Pflichtschullehrer Österreich - GÖD-aps) länderübergreifend in einer „Hamburger Erklärung“ klare Regelungen für Sponsoring an Schulen gefordert.

Die Politik, heißt es in der Erklärung, dürfe sich „durch das Erlauben von Sponsoring an Schulen nicht ihrer Finanzierungspflicht entziehen.“ Der Staat müsse die ausreichende Finanzierung aller Schulformen und Schulstufen sichern, so dass alle von Politik und Gesellschaft an Schule herangetragenen Aufgaben erfüllt werden können und Bildungschancen unabhängig vom Wohnort und dem sozialen Status der Eltern gewährleistet sind. Außerdem müsse „der Primat des Pädagogischen“ gelten. Schulen hätten einen in der Verfassung verankerten Bildungs- und Erziehungsauftrag. Alle Maßnahmen, die gemeinsam mit Dritten initi-

iert und durchgeführt werden, müssten sich diesem unterordnen.

Es würden „verbindliche Regelungen für das Sponsoring an Schulen“ benötigt. Die Verantwortungs- und Entscheidungslast auf die Schulen zu übertragen, führe zu einer weiteren Ausdehnung ihres Aufgabengebietes und damit zu Mehrarbeit und einem erhöhten Administrationsaufwand. Ohne Regelungen erhöhe sich zudem das Risiko einer punktuellen Förderung. Dies provoziere Verwerfungen zwischen Schulformen, Schulstufen und Schulstandorten im Bezug auf Bildungschancen. (08/32/17)

Walter: Neue Bundesregierung muss gesamten öffentlichen Dienst stärken

Mit Blick auf die Ergebnisse der Bundestagswahl hat Ernst G. Walter, der Bundesvorsitzende der Bundespolizeigewerkschaft in der Deutschen Polizeigewerkschaft (DPOIG Bundespolizeigewerkschaft) am 28. September 2017 von der kommenden Bundesregierung eine Stärkung des gesamten öffentlichen Dienstes gefordert, um verloren gegangenes Vertrauen der Bürger in den Staat zurückzugewinnen.

„Diese große Aufgabe ist nur mit einem starken öffentlichen Dienst zu schaffen, der auch personell und materiell dazu in der Lage ist, den neuen Herausforderungen bürgerfreundlich, serviceorientiert, innovativ und modern zu begegnen“, so Walter. Mit dem in Teilen katastrophalen Fehlbestand beim Personal etwa bei Bildung und Erziehung, Ordnung- und Sicherheit sowie in vielen anderen Bereichen, seien die anstehenden Aufgaben nicht zu bewältigen, ohne die Gesundheit der Beschäftig-

ten durch immer größere Belastungen aufs Spiel zu setzen. „Insbesondere vor dem Hintergrund des demografischen Wandels, der den öffentlichen Dienst in den kommenden Jahren mit voller Wucht treffen wird, brauchen wir jetzt sofort eine Einstellungsoffensive, um die dringend notwendige personelle Verstärkung und den erforderlichen qualifizierten Nachwuchs zu gewinnen.“ (09/32/17)

Namen und Nachrichten

In Mecklenburg-Vorpommern hat die Beteiligung der Spitzenverbände beim Gesetzgebungsverfahren zur Besoldungsanpassung begonnen. In seiner Stellungnahme lobt der dbb mecklenburg-vorpommern die grundsätzliche Rückkehr zu einer zeit- und wirkungsgleichen Übertragung von Tarifergebnissen auf die

Beamten und Versorgungsempfänger. Ohne die Eckpunkte der Einigung mit der Landesregierung anzuzweifeln, wies der dbb m-v am 5. Oktober 2017 allerdings darauf hin, dass diskussionswürdige Punkte zur Attraktivitätssteigerung im öffentlichen Dienst immer noch offen seien. Es müsse das letztlich Ziel sein,

jeglichen Anfangsverdacht einer Unteralimentation zu beseitigen, sagte der dbb Landesvorsitzende **Dietmar Knecht**.

Einige wichtige Themen rund um den öffentlichen Dienst konnte der Vorstand des **Deutschen Beamtenbundes Nordrhein-Westfalen** (DBB NRW) in ein Gespräch mit dem Landesfinanzminister Lutz Lienenkämper einbringen. Dabei ging es unter anderem um die Attraktivität des öffentlichen Dienstes im Allgemeinen beziehungsweise darum, wie diese verbessert werden kann, teilte der DBB NRW am 29. September 2017 mit. In diesem Zusammenhang seien neben der Besoldung auch der Pensionsfonds sowie die Beihilfe thematisiert worden. Dabei habe Einigkeit zwischen den Gesprächsparteien geherrscht, dass grundsätzlich am System der Beihilfe festzuhalten sei, es aber durchaus noch Ansatzpunkte zur Optimierung des Verfahrens gebe. Zudem wurde die Personalsituation im Bildungsbereich, der Finanzverwaltung, der Justiz und im Polizeibereich angesprochen.

Der **dbb Landesbund Schleswig-Holstein** (dbb sh) hat sich am 27. September 2017 zufrieden über den Ausgang einer Landtagsdebatte zur Beihilfe gezeigt. Ein Antrag der SPD, den Beamten analog zum „Hamburger Modell“ eine Wahlfreiheit zwischen den Krankensicherungssystemen Beihilfe und Privater Krankenversicherung einerseits und Gesetzlicher Krankenversicherung andererseits zu ermöglichen, sei von CDU, FDP und AfD abgelehnt worden. Man werde auch in den anstehenden Gesprächen zwischen Gewerkschaften und Politik weiter zu der Position stehen, dass die Beihilfe fester Bestandteil des Berufsbeamten­tums sei. Sie müsse, ebenso wie die Gesetzlicher Krankenversicherung, stets weiterentwickelt werden, um die Leistungsfähigkeit und die soziale Gerechtigkeit innerhalb der Systeme zu gewährleisten.

Tausende Polizisten waren bei den Feierlichkeiten zum Tag der Deutschen Einheit in Mainz im Einsatz. Der Bundesvorsitzende der Deutschen Polizeigewerkschaft (DPoIG), **Rainer Wendt**, der seine Kolleginnen und Kollegen gemeinsam mit dem Betreuungsteam der Jungen Polizei am 2. Oktober 2017 besuchte, würdigte die Leistung: „Klasse, mit welchem Engagement unsere Kolleginnen und Kollegen aus Bund und Ländern immer wieder solche Großeinsätze stemmen.“ Daher sei es der DPoIG ein Anliegen vor Ort zu sein, wenn Fragen und Probleme auftreten oder einfach mal eine Stärkung gebraucht werde.

Der Bundesvorsitzende der Deutschen Zoll- und Finanzgewerkschaft (BDZ) und Vorsitzende des Hauptpersonalrats beim Bundesministerium der Finanzen, **Dieter Dewes**, hat bei einem Treffen mit dem Präsidenten der Generalzolldirektion (GZD), Uwe Schröder, am 25. September 2017 unter anderem das fehlende Personal beim Zoll thematisiert. Der Personalmangel nötige die GZD, sogenannte Hotspots des Zolls (vorrangig Hauptzollämter in Metropolregionen) im Rahmen einer sogenannten vorgezogenen Zweitverwendung mit einem Teil der diesjährigen Prüfungsabgänger auf freiwilliger Basis zu unterstützen. Dies sei jedoch kein nachhaltiger Lösungsansatz, sondern führe vielmehr zu entsprechenden Personallücken in anderen Organisationseinheiten. Deshalb muss das Prinzip der Einstellung von Nachwuchskräften aus der Region für die Region mit deutlich höheren Einstellungsermächtigungen für den Zoll weiter forciert werden. Zudem müssten auch im Bereich der Prüfung der Ausfuhrkassenzettel an den internationalen Flughäfen die bereits überfälligen Unterstützungsmaßnahmen zur Einstellung von Tarifbeschäftigten von den betreffenden Hauptzollämtern umgesetzt werden, um die dort eingesetzten Beamten zu entlasten.

Anlässlich des Weltlehrtags am 5. Oktober 2017, der unter dem Motto „Lehren in Freiheit, Lehrkräfte bestärken“ steht, hat **Udo Beckmann**, der Bundesvorsitzende des Verbandes Bildung und Erziehung (VBE), die essentielle Bedeutung von Freiheit für Lehrkräfte in der Lehre betont: „Sie sind es, welche die zukünftige Generation auf ein selbstbestimmtes Leben vorbereiten. Das geht nur, wenn sie ausreichende Freiräume haben, um die Meinungsvielfalt darzustellen und die Schülerinnen und Schüler zu selbstständigem Denken und eigenen Entscheidungen ermuntern. Die Lehrkräfte müssen darin bestärkt werden, diese Verantwortung wahrzunehmen. Denn gerade wenn extremistische Äußerungen salonfähig werden und sogar zu Bundestagsmandaten führen, brauchen wir die Demokratieverziehung mehr denn je.“

Mit **Michael Diemer** aus Rheinland-Pfalz wurde ein Vertreter des Bundes Deutscher Forstleute (BDF) beim einem Kongress am 30. September 2017 in Mainz erneut zum Präsidenten der Union Europäischer Forstleute (UEF) gewählt. Der Kongress habe die Bedeutung der europäischen Dimension der Forstwirtschaft deutlich gemacht, sagte Diemer. „Daran wollen und müssen wir teilhaben, um den stetigen Wandel zu begleiten und steuern zu können.“ (10/32/17)

Kommende Termine:

dbb Gewerkschaftstag 2017
19. - 21. November 2017, Berlin